

F-01 Feministisch aus der Krise

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 26.11.2020
Tagesordnungspunkt: 5. Leitantrag "Feministisch aus der Krise"

Antragstext

1 Feministisch aus der Krise

2 Die Krise trifft uns nicht alle gleich. Corona hat die Ungleichheiten nicht
3 verursacht, aber sichtbarer gemacht und verschärft. Menschen, die doppelt, drei-
4 oder vierfach von Diskriminierung betroffen sind, leiden besonders stark unter
5 der Pandemie und ihren Folgen.

6 Viele Errungenschaften und Fortschritte auf dem Weg zur
7 Geschlechtergerechtigkeit drohen in der Corona-Krise verloren zu gehen, und das,
8 obwohl wir in dieser Krise viel deutlicher als sonst sehen, wie bedeutend die
9 Arbeit von Frauen für unsere Gesellschaft ist.

10 Denn Frauen arbeiten häufiger in den sogenannten systemrelevanten Berufen: Es
11 sind die Pflegerinnen in den Krankenhäusern, die Kassiererinnen im Einzelhandel,
12 die Erzieherinnen in der Kita, die nicht ins Home Office können. Und zuhause
13 liegt noch immer die Hauptverantwortung für Erziehung, Haushalt und die Pflege
14 Angehöriger bei den Frauen. Durch Schul- und Kita-Schließungen hat sich dieses
15 Ungleichgewicht verschärft. Die Corona-Krise trifft uns nicht alle gleich. Denn
16 Frauen leisten den Großteil der unverzichtbaren Arbeit, bezahlt und unbezahlt,
17 und trotzdem sind sie stärker von den Auswirkungen der Krise betroffen. Sie
18 haben das Land am Laufen gehalten und damit persönlich wie beruflich stark
19 zurückstecken müssen.

20 Ungleiche Löhne, Unvereinbarkeit von Familie und Beruf, unzureichende
21 Kinderbetreuungsangebote, ungerechte Verteilung von Sorgearbeit, häusliche
22 Gewalt, erschwerter Zugang in der Geburtshilfe und zum Schwangerschaftsabbruch -
23 an vielen Stellen zeigt die Krise uns, wie weit wir noch von einer
24 geschlechtergerechten Gesellschaft entfernt sind. Gleichzeitig laufen wir
25 Gefahr, in traditionelle Geschlechterrollen zurückzufallen. Unsere Antwort auf
26 die Krise muss daher eine feministische sein.

27 Klatschen reicht nicht! Pflegeberufe aufwerten

28 Deutschlandweit sind drei Viertel aller sozialversicherungspflichtigen
29 Beschäftigten in den Krankenhäusern Frauen. Die wichtige Arbeit, die dort
30 geleistet wird, findet aber weiterhin unter widrigen Bedingungen statt. Die
31 Verantwortung ist groß, doch Arbeitsbedingungen und Löhne teilweise schlecht.
32 Die beschlossene finanzielle Aufwertung der Arbeit ist ein erster Schritt. Dafür
33 brauchen wir allerdings vom Bund ein Entlastungspaket, das uns als hoch
34 verschuldetes Bundesland stärker finanzielle Spielräume gibt, um den
35 Beschäftigten einen besseren Lohn zahlen zu können. Aktuell wird nur etwa ein
36 Drittel der Pflegekräfte im Land Bremen nach Tarif bezahlt. Wir setzen uns im
37 Senat für eine flächendeckende Tarifbindung ein!

38 Mehr Geld allein reicht nicht, auch die Arbeitsbedingungen müssen besser werden.
39 Eine hohe Zahl an Überstunden, Doppelschichten und viel Verantwortung mit zu
40 wenig Personal sind Alltag in der Pflege. Die Krise in der Pflege verschärft

41 sich in der Pandemie weiter und immer mehr Pflegekräfte geben auf, manche schon
42 in der Ausbildung. Die Beschäftigten, die heute das Leben am Laufen halten,
43 brauchen nicht weniger, sondern mehr Gesundheitsschutz. Es ist in jeder Hinsicht
44 kontraproduktiv, wenn jetzt gerade diejenigen, die sowieso schon am Anschlag
45 arbeiten noch länger arbeiten müssen. Das Pflegepersonal-Stärkungsgesetz ist
46 unzureichend. Die Pflegepersonaluntergrenzen-Verordnung wurde zwischenzeitlich
47 sogar ausgesetzt, um Pflegekräfte aus anderen Abteilungen auf den
48 Intensivstationen einzusetzen. Diese Zustände müssen die absolute Ausnahme
49 bleiben. Wir wollen eine Personalbemessung in der Alten- und Krankenpflege, die
50 sich am tatsächlichen Pflegebedarf der Menschen ausrichtet.

51 Deshalb fordern wir:

- 52 1. flächendeckende und allgemeinverbindliche Tarifverträge in allen sozialen
53 Berufen
- 54 2. Anreize für den Wiedereinstieg von Fachkräften in die Pflege zu setzen und
55 mit einer flexiblen Vollzeit zwischen 30 bis 40 Stunden mehr
56 Zeitsouveränität für die Beschäftigten zu schaffen
- 57 3. eine bundesweit verbindliche Personalbemessung in der Pflege und
58 Geburtshilfe
- 59 4. ein Entlastungspaket vom Bund, der es uns und anderen Kommunen ermöglicht,
60 Pflege- und Sozialberufen besser zu bezahlen

61 Mehr Fürsorge - weniger Geld

62
63 Während die Kitas und Schulen im Frühjahr geschlossen waren, kümmerten sich vor
64 allem die Frauen um die zuhausegebliebenen Kinder. Eine massive Mehrbelastung,
65 die bei vielen Frauen zur Stundenreduzierung oder gleich zum Verlust der
66 Arbeitsstelle führte. Eine politische Antwort auf diese Schieflage gab es nicht,
67 sondern es galt das Prinzip „Mama macht das schon“. Dass vor allem Frauen für
68 die Kinderbetreuung ihre Erwerbsarbeit aufgaben, hat einen einfachen Grund:
69 Hauptverdiener in vielen Haushalten ist ein Mann. Die Corona-Krise hat auch hier
70 eine bestehende Ungerechtigkeit verschärft.

71 Frauen haben sich in dieser schwierigen Zeit auch häufig um pflegebedürftige
72 Angehörige gekümmert, weil z.B. Tagespflegeeinrichtungen ausgefallen sind. Auch
73 dadurch sind sie in ihrer Erwerbsarbeit eingeschränkt worden und stärker von
74 finanziellen Einbußen betroffen. Auch hier zeigt sich wieder die riesige
75 Bedeutung unbezahlter Sorgearbeit während der Corona-Krise.

76 Ein weiterer Grund für die wirtschaftliche Ungleichheit der Geschlechter: Fast
77 die Hälfte aller erwerbstätigen Frauen arbeitet in Teilzeit oder Minijobs. In
78 Kurzarbeit wird ein ohnehin schon geringerer Lohn noch geringer. Das Risiko, in
79 Armut abzurutschen, erhöht sich damit um ein Vielfaches. Der Bremer
80 Landesmindestlohn soll 2021 auf über 12 Euro steigen. Dies ist ein wichtiger
81 Schritt zur Absicherung von prekär beschäftigten Frauen.

82 Die finanzielle Gleichstellung der Geschlechter und die finanzielle Autonomie
83 von Frauen sind entscheidend für Selbstbestimmung und Unabhängigkeit. Wir Grüne
84 kämpfen daher für Lohngleichheit und die gerechte Verteilung unbezahlter
85 Sorgearbeit - in der Krise und darüber hinaus!

86 Deshalb fordern wir:

- 87 1. Recht auf Notbetreuung für Personen in systemrelevanten Berufen bei
88 erneuten Schul- und Kitaschließungen
- 89 2. Eine Lohnersatzzahlung für pflegende Angehörige, den Anspruch auf ein
90 Pflegeunterstützungsgeld und die Ausstattung mit Schutzkleidung und
91 Desinfektionsmitteln
- 92 3. Paritätische Elternzeit und Reform des Elterngeldes
- 93 4. Abschaffung des Ehegattensplittings

94 Wirksam gegen häusliche Gewalt

95 2019 wurde fast jeden dritten Tag eine Frau von ihrem Partner oder Ex-Partner in
96 Deutschland getötet. Die Corona-Krise hat das Gewaltproblem in den eigenen vier
97 Wänden extrem verschlimmert, denn Isolation und eine schwierige soziale und
98 finanzielle Situation in den Familien nahmen zu, Abhängigkeiten und Spannungen
99 in vielen Fällen verschärft. Kleine Wohnungen für viele Familienmitglieder
100 werden zu einer Zerreißprobe, wenn man nicht vor die Tür darf, oder soll.
101 Deshalb war es richtig, im Frühjahr die Plätze von Frauenhäusern temporär
102 aufzustocken. Wir brauchen bundesweit endlich einen Rechtsanspruch auf Schutz
103 vor häuslicher Gewalt, der im StGB verankert ist. In Bremen und Bremerhaven
104 müssen grundsätzlich mehr Plätze in Frauenhäusern geschaffen werden, um Frauen
105 in gefährlichen Situationen nicht ihrem Schicksal zu überlassen.

106 Deshalb fordern wir:

- 107 1. Bundesweiten Rechtsanspruch auf Schutz vor häuslicher Gewalt
- 108 2. Eine zügige Umsetzung des Bremer Landesaktionsplan zur Istanbulkonvention
- 109 3. Kapazitäten von Schutzeinrichtungen weiter zu erhöhen, neue
110 Schutzwohnungen zu schaffen und Frauenhäuser zu modernisieren
- 111 4. Ausbau präventiver Maßnahmen, wie Täterarbeit, um Gewalt gegen Frauen
112 frühzeitig zu verhindern

113 Alleinerziehende nicht im Regen stehen lassen

114 Schon vor der Krise waren alleinerziehende Frauen in einer meist angespannten
115 Lage und häufig von Armut bedroht. Um Erziehung und Job unter einen Hut zu
116 bekommen, sind sie häufig gezwungen, einer Teilzeitbeschäftigung nachzugehen,
117 unter massiven finanziellen Einbußen. Ausfall von Schule und Kita haben dies
118 weiter erschwert. Finanzielle Sorgen haben sich in der Krise noch stärker
119 breitgemacht.

120 Deshalb müssen Schulen und Kitas Verlässlichkeit und Flexibilität bei den
121 Betreuungszeiten bieten, besonders für Alleinerziehende. Falls es zu einer
122 erneuten Schließung von Schulen und Kitas kommen sollte, müssen neben Eltern,
123 die in systemrelevanten Berufen arbeiten, auch Alleinerziehende den Anspruch auf
124 Kinderbetreuung haben.

125 Deshalb fordern wir:

- 126 1. Einführung einer bundesweiten Kindergrundsicherung
- 127 2. Anspruch auf Notbetreuung bei Schul- und Kitaschließungen für
128 Alleinerziehende
- 129 3. Ausbau flexibler Randzeitbetreuung und Errichtung einer 24-Stunden-Kita
- 130 4. Finanzierung von Jugend- und Familienhilfe sichern
- 131 5. Recht auf mobiles Arbeiten bei Übernahme aller entstehenden Arbeitskosten
132 (Laptop, Drucker usw.) durch die Arbeitgeber*innen

133 Arbeitsmarkt- und Steuerpolitik geschlechtergerecht machen, Eigenständigkeit
134 sichern:

135 Die strukturelle Benachteiligung von Frauen ist bei wirtschaftspolitischen
136 Schutzschirmen in den vergangenen Monaten spürbar gewesen. Zu viele Frauen
137 arbeiten häufig in Minijobs, im informellen Sektor oder sind anderweitig prekär
138 beschäftigt und somit kaum vor Jobverlust und großen Einkommenseinbußen
139 geschützt gewesen. Frauen wird dann häufig vorgeworfen, dass sie den falschen
140 Beruf gewählt hätten und doch was anderes machen sollten, wo sie mehr Geld
141 verdienen würden. Dabei ist die freie Entscheidung über die Berufswahl nicht das
142 Problem, sondern strukturelle Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt! Die
143 Versäumnisse der Vergangenheit müssen jetzt endlich angepackt werden, um einen
144 modernen und gleichberechtigten Arbeitsmarkt zu schaffen, der die eigenständige
145 Absicherung von Frauen unterstützt, statt zu behindern und Sorgearbeit in den
146 Blick nimmt und nicht zu Lasten der Frauen einfach ignoriert. Eine paritätische
147 Elternzeit, das Rückkehrrecht in Vollzeit und eine neue, flexible Vollzeit von
148 30 bis 40 Stunden sowie die Abschaffung des Ehegattensplittings sind wichtige
149 Schritte auf dem Weg dorthin.

150 Mit dem Bremen-Fonds nehmen wir 1,2 Milliarden Schulden auf, um in den nächsten
151 Jahren in eine robuste öffentliche Infrastruktur und die sozial-ökologische
152 Transformation der Wirtschaft zu investieren. Anders als beim Konjunkturpaket
153 der Bundesregierung dürfen Frauen und systemrelevante Berufe beim Bremen-Fonds
154 nicht hinten runterfallen. Deshalb fordern wir, dass alle Investitionen
155 kontinuierlich auf genderspezifische Wirkungen überprüft und ggfs. angepasst
156 werden. Es muss sichergestellt werden, dass Zukunftsinvestitionen Frauen in
157 gleichem Maße zugute kommen wie Männern. Mit dem Bremen-Fonds müssen wir vor
158 allem dort investieren, wo wir sozialversicherungspflichtige Arbeit schaffen
159 können, denn nur so können wir eigenständige Existenzsicherungen sichern.

160

161 Deshalb fordern wir:

- 162 1. Paritätische Elternzeit
- 163 2. Rückkehrrecht in Vollzeit nach einer Schwangerschaft
- 164 3. eine neue, flexible Vollzeit von 30 bis 40 Stunden die Woche
- 165 4. Abschaffung des Ehegattensplittings
- 166 5. einen Bonus für jedes Unternehmen, dass bei jedem neu geschaffenen
- 167 Arbeitsplatz eine Frau einstellt

168 Wir wollen geschlechtergerecht aus der Krise kommen:

169 Die Corona-Krise könnte unsere Gesellschaft auf dem Weg zur
170 Geschlechtergerechtigkeit um Jahre zurückwerfen. Dem müssen wir uns
171 entgegenstellen: Wir können jetzt die politischen Entscheidungen treffen, die
172 den Weg zur Gleichstellung und Gerechtigkeit frei machen, damit Frauen gestärkt
173 aus der Krise herauskommen!

174 Für uns ist klar: Frauen haben mehr verdient - mehr Lohn, mehr Zeit und mehr
175 Gestaltungsmöglichkeiten. Deshalb müssen wir Wirtschaft und Arbeitsleben
176 krisenfester, solidarischer, gerechter und nachhaltiger gestalten - im Land
177 Bremen und im Bund.

178 Denn die Krise trifft uns nicht alle gleich, sondern verschärft bestehende
179 Ungleichheiten und Schief lagen. Deshalb ist unsere Antwort auf die Krise die
180 feministische!

Unterstützer*innen

Moritz Zeising (KV Bremen-Mitte)